

Stadt Vetschau/Spreewald

Beschlussvorlage öffentlich	Vorlage-Nr:	BV-StVV-065-09			
	AZ:	10.03 Ba			
	Datum:	11.02.2009			
	Amt:	Bürgermeisteramt			
	Verfasser:	Marina Baddack			
Beratungsfolge		Anw.	Dafür	Dag.	Enth.
19.03.2009 Hauptausschuss					
26.03.2009 Stadtverordnetenversammlung Vetschau/Spreewald					
Betreff Hauptsatzung der Stadt Vetschau/Spreewald - Neufassung					

Beschluss:

Hauptsatzung der Stadt Vetschau/Spreewald

Auf Grund der §§ 3, 4 und 28 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, S. 286) zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I/08, S. 2002) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald in ihrer Sitzung am 26.03.2009 folgende Hauptsatzung der Stadt Vetschau/Spreewald beschlossen.

- § 1 Gemeinde
- § 2 Gemeindegebiet
- § 3 Siedlungsgebiet der Sorben (Wenden)
- § 4 Wappen, Flagge, Dienstsiegel
- § 5 Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner, Einsicht in Sitzungsunterlagen
- § 6 Einwohnerantrag
- § 7 Bürgerbegehren, Bürgerentscheid
- § 8 Petitionsrecht
- § 9 Seniorenvertretung und weitere Beauftragte
- § 10 Stadtverordnetenversammlung
- § 11 Stadtverordnete
- § 12 Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall
- § 13 Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung
- § 14 Hauptausschuss
- § 15 Ausschüsse
- § 16 Ortsbeirat/Ortsvorsteher
- § 17 Bürgermeister
- § 18 Stellvertretung des hauptamtlichen Bürgermeisters
- § 19 Gemeindebedienstete
- § 20 Vertretung der Gemeinde in rechtlich selbständigen Unternehmen
- § 21 Öffentliche Bekanntmachung
- § 22 Schriftverkehr
- § 23 Inkrafttreten

§ 1 Gemeinde

- (1) Die Gemeinde besitzt seit dem Jahr 1543 das Stadtrecht und führt ab dem 01.01.1997 den Namen "Vetschau/Spreewald".
- (2) Ihre erste Erwähnung in einer Urkunde ist für das Jahr 1302 nachgewiesen.
- (3) Die Stadt Vetschau/Spreewald ist eine kreisangehörige Stadt.

§ 2 Gemeindegebiet

Das Stadtgebiet umfasst 110,219 km².

Das Stadtgebiet wird wie folgt abgegrenzt.

Stadt Vetschau/Spreewald mit den Gemeindeteilen Belten, Lobendorf und Märkischheide
Ortsteil Göritz

Ortsteil Koßwig
Ortsteil Laasow mit den Gemeindeteilen Tornitz und Wüstenhain
Ortsteil Missen mit dem Gemeindeteil Gahlen
Ortsteil Naundorf mit dem Gemeindeteil Fleißdorf
Ortsteil Ogrosen
Ortsteil Raddusch
Ortsteil Repten
Ortsteil Stradow
Ortsteil Suschow

§ 3 Siedlungsgebiet der Sorben (Wenden)

- (1) Die Stadt Vetschau/Spreewald liegt im Siedlungsgebiet der Sorben (Wenden). Die Sorben (Wenden) haben das Recht, ihre ethnische, kulturelle und sprachliche Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu wahren und weiterzuentwickeln.
- (2) Die Stadt Vetschau/Spreewald bezieht die sorbische (wendische) Kultur angemessen in ihre Kulturarbeit ein, fördert sorbische (wendische) Kunst, Sitten und Bräuche.
- (3) Zur Unterstützung bei der Umsetzung von Absatz 1 und 2 wird ein Sorben (Wenden) beauftragter durch die Stadtverordnetenversammlung benannt. Näheres regelt § 9 dieser Satzung.

§ 4 Wappen, Flagge, Dienstsiegel

- (1) Der Stadt Vetschau/Spreewald ist das Recht zur Führung eines Wappens verliehen worden.
Beschreibung des Wappens:
Gespalten; vorn Rot ein aufgerichteter silberner Windhund mit goldenem Halsband, hinten blausilbern geschachtet.
- (2) Der Stadt Vetschau/Spreewald ist das Recht zur Führung einer Flagge verliehen worden.
Beschreibung der Flagge:
Die Flagge besteht – bei Aufhängung an einem Querholz – aus zwei Längsstreifen in den Farben Weiß und Rot, auf die das Stadtwappen auf der Nahtstelle aufgelegt ist.
- (3) Die Stadt Vetschau/Spreewald führt ein Dienstsiegel, welches in Form und Größe dem dieser Hauptsatzung beigedruckten Siegel gleicht.
- (4) Die Führung des Dienstsiegels ist dem hauptamtlichen Bürgermeister vorbehalten. Der hauptamtliche Bürgermeister kann weitere Bedienstete der Stadtverwaltung mit der Führung von Dienstsiegel beauftragen.

§ 5 Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner, Einsicht in Sitzungsunterlagen

- (1) Die Gemeinde beteiligt und unterrichtet die betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten. Dies geschieht mit Hilfe der Einwohnerfragenstunde und Einwohnerversammlungen.
- (2) Die Einwohnerfragestunden werden im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiratssitzungen durchgeführt. Näheres regelt die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Vetschau/Spreewald.
- (3) Eine Einwohnerversammlung findet statt, wenn es sich um Vorhaben handelt, die die strukturelle Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind oder wenn dies von mindestens 5 % der Einwohnerschaft schriftlich unter Angabe der zu erörternden Angelegenheit beantragt wird. Antragsberechtigt ist jeder Einwohner, der das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat.
- (4) Einwohnerversammlungen können auch auf Teile des Stadtgebietes begrenzt werden.
- (5) Hat die Stadtverordnetenversammlung den Antrag nach Abs. 3 für zulässig erklärt, ist die Einwohnerversammlung innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrages abzuhalten. Der hauptamtliche Bürgermeister macht die Tagesordnung durch Aushang in den in § 21 Abs. 3 dieser Satzung bezeichneten Schaukästen bekannt. Es sind Ort, Zeit und die Tagesordnung anzugeben. Die Dauer des Aushanges richtet sich nach § 21 Abs. 6 dieser Satzung.
- (6) Der hauptamtliche Bürgermeister oder ein von ihm Beauftragter führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet der hauptamtliche Bürgermeister oder ein von ihm Beauftragter über Ziele und Auswirkungen des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohner die Gelegenheit, die Ausführungen zu erörtern.

An der Erörterung nehmen die von der Stadtverordnetenversammlung bestimmten Mitglieder teil. Weiteren Stadtverordneten steht die Teilnahme frei.

(7) Die Stadtverordnetenversammlung ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung und geäußerten Empfehlung in ihrer nächsten Sitzung zu unterrichten. Die Vorschläge und Anregungen der Einwohnerversammlung sollen in einer Frist von drei Monaten von der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden.

(8) Zur Unterrichtung der Einwohner über die Einwohnerversammlung sind die in § 21 Abs. 4 und 5 genannten Schaukästen zu nutzen. Daneben können weitere Formen der öffentlichen Bekanntmachung genutzt werden; diese werden im Einzelfall durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung festgelegt.

(9) Unbeachtet der Absätze 1 - 8 hat jeder Einwohner das Recht, Beschlussvorlagen zu den in öffentlichen Sitzungen zu behandelnden Tagesordnungspunkten einzusehen. Dieses Recht kann während der Sprechzeiten der Stadtverwaltung wahrgenommen werden. Am Sitzungstag selbst bis 12.00 Uhr.

§ 6 Einwohnerantrag

(1) Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können beantragen, dass die Stadtverordnetenversammlung über eine bestimmte Angelegenheit der Gemeinde berät und entscheidet.

(2) Das Verfahren zur Behandlung des Einwohnerantrages richtet sich nach § 14 der BbgKVerf.

§ 7 Bürgerbegehren, Bürgerentscheid

(1) Über eine Gemeindeangelegenheit, die in der Entscheidungszuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung oder des Hauptausschusses liegt, kann die Bürgerschaft der Gemeinde einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren).

(2) Das Verfahren zur Behandlung des Bürgerbegehrens/des Bürgerentscheides richtet sich nach § 15 BbgKVerf.

(3) Die Möglichkeit der Briefabstimmung wird ausgeschlossen.

§ 8 Petitionsrecht

(1) Jeder hat das Recht, sich in Gemeindeangelegenheiten mit Vorschlägen, Hinweisen und Beschwerden einzeln oder gemeinschaftlich an die Stadtverordnetenversammlung oder den Bürgermeister zu wenden.

(2) Der Einreicher ist innerhalb von vier Wochen über die Stellungnahme zu den Vorschlägen, Hinweisen oder Beschwerden zu unterrichten. Ist dies nicht möglich, erhält er einen Zwischenbescheid.

§ 9 Seniorenbeirat und weitere Beauftragte

(1) Der Seniorenbeirat wird auf Vorschlag des Sozialausschusses durch die Stadtverordnetenversammlung für die Dauer der Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung benannt.

(2) Weitere Regelungen nach § 19 BbgKVerf werden in einer Richtlinie definiert.

(3) Der Sorben(Wenden)beauftragte wird auf Vorschlag des Sozialausschusses für die Dauer der Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung durch die Stadtverordnetenversammlung benannt.

(4) Dem Vorsitzenden des Seniorenbeirates und dem Sorbenbeauftragten wird eine Aufwandsentschädigung gemäß der jeweils gültigen Entschädigungssatzung gezahlt.

§ 10 Stadtverordnetenversammlung

(1) Die Vertretung der Bürger führt die Bezeichnung „Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald“.

(2) Die Stadtverordnetenversammlung besteht aus der im Gesetz über die Kommunalwahlen im Land Brandenburg (BbgKWahlG) festgelegte Anzahl von Vertretern und dem hauptamtlichen Bürgermeister als stimmberechtigtem Mitglied.

(3) Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung beruft die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung so oft es die Geschäftslage erfordert ein.

Die Ladungsfrist beträgt 8 Kalendertage. Wobei der Tag des Versandes der Einladung und der Sitzungstag nicht eingerechnet werden. Bei unverzüglich einzuberufenden Sitzungen oder in Eilfällen kann die Ladungsfrist bis zu 24 Stunden abgekürzt werden.

(4) Zeit, Ort und Tagesordnung werden nach § 21 Abs. 3 und 4 öffentlich bekannt gemacht.

(5) Die Öffentlichkeit wird für folgende Gruppen von Angelegenheiten ausgeschlossen:

- Personal- und Disziplinarangelegenheiten,
- Grundstücksangelegenheiten und Vergaben,
- Abgaben- und Wirtschaftsangelegenheiten Einzelner,
- Aushandlung von Verträgen mit Dritten,
- die erstmalige Beratung über Zuschüsse.

Jeder Stadtverordnete und der hauptamtliche Bürgermeister können im Einzelfall einen Antrag auf Nichtöffentlichkeit stellen, wobei der Grundsatz der Öffentlichkeit von Sitzungen zu beachten ist.

§ 11 Stadtverordnete

(1) Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung führen die Bezeichnung „Stadtverordnete/r“.

(2) Die Rechte und Pflichten der Stadtverordneten regeln sich nach den §§ 29 bis 31 BbgKVerf. Insbesondere sind die Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner verpflichtet, dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung ihren Beruf sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen.

(3) Beabsichtigt ein Stadtverordneter, Vorschläge einzubringen oder Anträge zu stellen, sind diese zu begründen und in schriftlicher Form dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung oder dem hauptamtlichen Bürgermeister zuzuleiten. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

(4) Jeder Stadtverordnete hat das Recht, in der Stadtverordnetenversammlung sowie in den Ausschüssen, in denen er Mitglied ist, das Wort zu ergreifen, Vorschläge einzubringen, Fragen und Anträge zu stellen und sie zu begründen (aktives Teilnahmerecht) sowie bei Beschlüssen seine Stimme abzugeben. Er hat das Recht, auch an nichtöffentlichen Sitzungen der Ausschüsse, in denen er nicht Mitglied ist, als Zuhörer teilzunehmen (passives Teilnahmerecht). Satz 2 gilt nicht für befangene Stadtverordnete.

Jedes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung erhält die Niederschriften der Sitzungen des Hauptausschusses und der Fachausschüsse.

(5) Kann ein Stadtverordneter die ihm aus seiner Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung erwachsenen Pflichten nicht erfüllen, hat er dies dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig mitzuteilen. Ist er an der Teilnahme an einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung oder eines Ausschusses verhindert, hat er sich vorher beim Vorsitzenden zu entschuldigen und bei einer Ausschusssitzung außerdem unverzüglich seinen Vertreter zu benachrichtigen.

§ 12 Aufwandsentschädigung, Verdienstausschlag

(1) Kommunale Mandatsträger haben einen Anspruch auf Aufwandsentschädigung, Fahrtkosten und Ersatz des Verdienstausschlages zur Erfüllung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit.

(2) Das Nähere wird in einer Satzung (Entschädigungssatzung) geregelt.

§ 13 Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und seine Stellvertreter. Bei der Wahl sollte das Verhältnis der Sitzzahl der Fraktionen berücksichtigt werden.

§ 14 Hauptausschuss

(1) Der Hauptausschuss nimmt neben den Zuständigkeiten nach § 50 BbgKVerf die allgemein üblichen Aufgaben und Zuständigkeiten als Finanzausschuss und Petitionsausschuss sowie die des Wahlprüfungsausschusses nach den Regelungen des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes (BbgKWahlG) wahr.

(2) Der Hauptausschuss hat die Arbeiten der Ausschüsse aufeinander abzustimmen und kann zu jeder Stellungnahme eines anderen Ausschusses eine eigene Stellungnahme gegenüber der Stadtverordnetenversammlung abgeben.

(3) Der Hauptausschuss bereitet die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor. Dies gilt nicht in den Fällen des § 35 Abs. 2 BbgKVerf. Er kann bestimmen, in welchen Angelegenheiten die ständigen und zeitweiligen Ausschüsse beraten sollen.

(4) Der Hauptausschuss verhandelt in öffentlicher Sitzung. In Angelegenheiten nach § 10 Abs. 5 dieser Satzung ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

§ 15 Ausschüsse

(1) Die Stadtverordnetenversammlung bildet folgende ständige Ausschüsse:

- Sozialausschuss (Ausschuss für Soziales, Kinder, Jugend, Bildung, Kultur und Sport)
5 Mitglieder,
- Wirtschaftsausschuss (Ausschuss für Wirtschaft, Gewerbe, Bau, Verkehr, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftspflege) – 5 Mitglieder,
- Rechnungsprüfungsausschuss – 3 Mitglieder.

Die Stadtverordnetenversammlung kann sachkundige Einwohner zu beratenden Mitgliedern dieser Ausschüsse berufen. Sie haben dort ein aktives Teilnahmerecht.

(2) Die Stadtverordnetenversammlung kann zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung zeitweilige Ausschüsse bilden.

(3) Die Ausschüsse nach Abs. 1 und 2 können der Stadtverordnetenversammlung Empfehlungen geben.

(4) Das Verfahren zur Besetzung der Ausschüsse richtet sich nach § 43 Abs. 2, 4 und 5 BbgKVerf.

(5) Vorgenannte Ausschüsse verhandeln in öffentlicher Sitzung. In Angelegenheiten nach § 10 Abs. 5 dieser Satzung ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

§ 16 Ortsbeirat/Ortsvorsteher

(1) In den Ortsteilen erfolgt die Wahl eines Ortsbeirates entsprechend den Regelungen des BbgKWahlG.

(2) Der Ortsbeirat nimmt die unter § 46 Abs. 1 BbgKVerf genannten Aufgaben und Befugnisse wahr. Des Weiteren sind die in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Eingliederung der jeweiligen Gemeinde unter Punkt „Regelung von Einzelfragen“ aufgeführten Festlegungen zu beachten.

(3) Das Verfahren zur Anhörung des Ortsbeirates wird in der Geschäftsordnung geregelt.

(4) Der Ortsvorsteher vertritt den Ortsteil gegenüber den Organen der Gemeinde. Er hat in den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse aktives Teilnahmerecht, soweit Angelegenheiten des Ortsteiles berührt sind.

§ 17 Bürgermeister

(1) Der Bürgermeister ist Hauptverwaltungsbeamter. Er ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit, Leiter der Stadtverwaltung sowie rechtlicher Vertreter und Repräsentant der Stadt.

(2) Der hauptamtliche Bürgermeister entscheidet über alle Angelegenheiten, die nicht zur ausschließlichen Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung oder des Hauptausschusses gehören.

(3) Von den auf den Hauptverwaltungsbeamten übertragenen Angelegenheiten sind ausgenommen

a) Verträge, die Vergabe von Lieferungen und Leistungen, die über einen Betrag von 30.000,00 Euro im Einzelfall hinausgehen und nicht unter Punkt e) fallen,

b) Erlass von Geldforderungen über einen Betrag von 2.500,00 Euro im Einzelfall,

c) Niederschlagung von Forderungen über einen Betrag von 15.000,00 Euro im Einzelfall,

d) Erteilung der Zustimmung zur Leistung über- und außerplanmäßiger Ausgaben, welche über Beträge der geltenden Haushaltssatzung im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt hinausgehen,

e) mehrjährige Verträge, soweit die Laufzeit sechs Jahre übersteigt und ein Gesamtvolumen von mehr als 50.000,00 Euro beinhalten. Davon ausgenommen sind Arbeitsverträge.

f) der Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften über einen Betrag von 5.000,00 Euro hinaus. Davon ausgenommen sind Grundstückskäufe und -verkäufe.

(4) Über erfolgte Stundungen und Niederschlagungen ist die Stadtverordnetenversammlung jährlich zu informieren.

(5) Die Stadtverordnetenversammlung kann im Einzelfall durch Beschluss weitere Entscheidungsbefugnisse auf den Bürgermeister übertragen.

(6) Der Hauptverwaltungsbeamte hat Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses nach § 55 Abs. 1 BbgKVerf zu beanstanden, wenn er der Auffassung ist, dass sie rechtswidrig sind.

(7) Bei Beschlüssen des Hauptausschusses trifft die Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung nach § 55 Abs. 1, Satz 4, BbgKVerf.

§ 18 Stellvertretung des hauptamtlichen Bürgermeisters

(1) Die Stadtverordnetenversammlung benennt auf Vorschlag des hauptamtlichen Bürgermeisters aus dem Kreis der Bediensteten, denen die Leitung einer dem Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamten unterstellten Organisationseinheit obliegt, einen allgemeinen Stellvertreter des hauptamtlichen Bürgermeisters.

(2) Der hauptamtliche Bürgermeister bestimmt weitere Stellvertreter aus dem Personenkreis nach Absatz 1.

§ 19 Gemeindebedienstete

(1) Der Hauptverwaltungsbeamte trifft die Entscheidungen und ist zuständig für die Aufgabenerfüllung nach § 62 BbgKVerf.

(2) Zur Einstellung und Entlassung von Amtsleitern ist die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung unter Beachtung weitergehender gesetzlicher Regelungen einzuholen. Das Vorschlagsrecht obliegt dem Hauptverwaltungsbeamten.

(3) Soll ein Beschäftigter der Stadt Vetschau/Spreewald/spreewald die Aufgabe eines Amtsleiters dauerhaft übernehmen oder ein Amtsleiter soll von seinen Aufgaben dauerhaft abberufen werden, ohne dass das Arbeitsverhältnis endet, ist ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erforderlich. Satz 1 gilt sinngemäß für Beamte der Stadt Vetschau/Spreewald.

§ 20 Vertretung der Gemeinde in rechtlich selbstständigen Unternehmen

(1) Der Hauptverwaltungsbeamte vertritt die Stadt in der Gesellschafterversammlung oder in dem der Gesellschafterversammlung entsprechenden Organ eines Unternehmens mit eigener Rechtspersönlichkeit; er kann einen Beschäftigten der Stadt mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe betrauen.

(2) Stehen der Stadt weitere Sitze zu, werden diese gemäß § 40 beziehungsweise § 41 BgKVerf besetzt.

(3) Die Vergütung aus einer Tätigkeit als Vertreter der Stadt in wirtschaftlichen Unternehmen geht über das Maß einer angemessenen Entschädigung hinaus, wenn sie über die Aufwandsentschädigung des betreffenden Stadtverordneten – Entschädigungssatzung – hinausgeht. Der darüber hinausgehende Betrag ist gemäß § 97 Abs. 8 BbgKVerf an die Stadt abzuführen. Vergleichsbasis ist die Vergütung bzw. Aufwandsentschädigung pro Jahr.

§ 21 Öffentliche Bekanntmachung

(1) Öffentliche Bekanntmachungen werden vom Hauptverwaltungsbeamten vollzogen. Satzungen und sonstige ortsrechtliche Vorschriften werden im Amtsblatt für die Stadt Vetschau/Spreewald öffentlich bekannt gemacht.

Das Amtsblatt für die Stadt Vetschau/Spreewald trägt die Zusatzbezeichnung „Neue Vetschauer Nachrichten“.

(2) Satzungen und sonstige ortsrechtliche Vorschriften sind im vollen Wortlaut bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist auf eine aufsichtsbehördliche Genehmigung unter Angabe der genehmigenden Behörde und des Datums hinzuweisen.

Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung, so kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass sie zu jedermanns Einsicht während der öffentlichen Sprechzeiten ausgelegt werden. In diesem Fall sind in der Bekanntmachung der genaue Ort und die genaue Zeit anzugeben, wann und wo die Einsichtnahme erfolgen kann. Die Anlagen sind zwei Wochen zur Einsicht offen auszulegen, soweit nicht höherstehende gesetzliche Regelungen eine längere Offenlegungszeit bestimmen.

(3) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses sind mindestens fünf Tage vor dem Sitzungstag in der Zeitung „Wochenkurier“, Ausgabe Calau zu veröffentlichen.

(4) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ausschüsse gemäß § 15 werden durch Aushang in folgenden Schaukästen öffentlich bekannt gemacht:

- Vetschau/Spreewald, Schloßstraße/Parkeingang (Fußweg)
- Vetschau/Spreewald, Wilhelm-Pieck-Straße/gegenüber ehemaliges Feuerwehrgerätehaus.

(5) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ortsbeiräte werden durch Aushang in folgenden Schaukästen öffentlich bekannt gemacht:

- Vetschau/Spreewald, Schloßstraße/Parkeingang (Fußweg)
- Vetschau/Spreewald, Wilhelm-Pieck-Straße/gegenüber ehemaliges Feuerwehrgerätehaus.

Daneben werden sie durch Aushang in folgenden Schaukästen öffentlich bekannt gemacht.

Für die Sitzungen des Ortsbeirates Göritz:

- Vetschau/Spreewald; OT Göritz, Göritzer Dorfstraße, Wertstoffplatz

Für die Sitzungen des Ortsbeirates Koßwig:

- Vetschau/Spreewald, OT Koßwig, Am Sportplatz 9, neben dem Eingang rechts

Für die Sitzungen des Ortsbeirates Laasow:

- Vetschau/Spreewald, OT Laasow, Laasower Dorfstraße 25, an der Bushaltestelle

- Vetschau/Spreewald, OT Laasow, bewohnter Gemeindeteil Tornitz, Tornitzer Lindenstraße 5

- Vetschau/Spreewald, OT Laasow, bewohnter Gemeindeteil Wüstenhain, Wüstenhainer Hauptstraße, an der Bushaltestelle

- Vetschau/Spreewald, OT Laasow, Briesener Straße 11, an der Bushaltestelle

Für die Sitzungen des Ortsbeirates Missen:

- Vetschau/Spreewald, OT Missen, Missener Hauptstraße 37

- Vetschau/Spreewald, OT Missen, bewohnter Gemeindeteil Gahlen, Gahlener Dorfstraße 11

Für die Sitzungen des Ortsbeirates Naundorf:

- Vetschau/Spreewald, OT Naundorf, Naundorfer Dorfstraße 28 A, am Gemeindehaus

- Vetschau/Spreewald, OT Naundorf, bewohnter Gemeindeteil Fleißdorf, am Dorfanger

Für die Sitzungen des Ortsbeirates Ogrosen:

- Vetschau/Spreewald, OT Ogrosen, Ogrosener Dorfstraße, an der Bushaltestelle

Für die Sitzungen des Ortsbeirates Raddusch:

- Vetschau/Spreewald, OT Raddusch, Dorfplatz, neben der Bushaltestelle

Für die Sitzungen des Ortsbeirates Repten:

- Vetschau/Spreewald, OT Repten, Reptener Dorfstraße, am Feuerwehrgerätehaus

Für die Sitzungen des Ortsbeirates Stradow:

- Vetschau/Spreewald, OT Stradow, Stradower Dorfstraße 36, vor dem Herrenhaus

Für die Sitzungen des Ortsbeirates Suschow:

- Vetschau/Spreewald, OT Suschow, Suschower Hauptstraße 10, am Gemeindehaus.

(6) Die Dauer des Aushanges im Sinne des Abs. 4 beträgt 8 Kalendertage. Die vorgenannte Frist endet mit dem Tage der Sitzung, wobei der Tag der Sitzung nicht mitzurechnen ist. Die Abnahme des Aushanges erfolgt frühestens am Tage nach der Sitzung. Der Tag des Aushanges und der Tag der Abnahme sind nicht mitzurechnen. Der Zeitraum ist aktenkundig zu machen.

Bei verkürzter Ladungsfrist erfolgt der Aushang am Tag, nach dem die Ladung zur Post gegeben wurde.

(7) Ist eine rechtzeitige Bekanntmachung in der festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder anderer unabänderbarer Ereignisse nicht möglich, so kann die öffentliche Bekanntmachung in anderer geeigneter Weise durchgeführt werden. Die Bekanntmachung ist in der festgelegten Form zu wiederholen, sobald die Umstände dies zulassen.

(8) Sonstige Bekanntmachungen der Stadt Vetschau/Spreewald und Bekanntmachungen Dritter werden gemäß Abs. 1 und 2 vollzogen.

(9) Erfolgt die Einladung zu einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 11 Abs. 3, letzter Satz, mit verkürzter Ladungsfrist und kann die Bekanntmachung aus zeitlichen Gründen nicht gemäß § 21 Abs. 3 vollzogen werden, erfolgt die öffentliche Bekanntmachung dieser Sitzung in folgenden Schaukästen:

- Vetschau/Spreewald, Schloßstraße/Parkeingang (Fußweg)

- Vetschau/Spreewald, Wilhelm-Pieck-Straße/gegenüber ehemaliges Feuerwehrgerätehaus

- Vetschau/Spreewald; OT Göritz, Göritzer Dorfstraße, Wertstoffplatz

- Vetschau/Spreewald, OT Koßwig, Am Sportplatz 9, neben dem Eingang rechts

- Vetschau/Spreewald, OT Laasow, Laasower Dorfstraße 25, an der Bushaltestelle

- Vetschau/Spreewald, OT Laasow, bewohnter Gemeindeteil Tornitz, Tornitzer Lindenstraße 5

- Vetschau/Spreewald, OT Laasow, bewohnter Gemeindeteil Wüstenhain, Wüstenhainer Hauptstraße an der Bushaltestelle

- Vetschau/Spreewald, OT Laasow, Briesener Straße 11, an der Bushaltestelle
- Vetschau/Spreewald, OT Missen, Missener Hauptstraße 37
- Vetschau/Spreewald, OT Missen, bewohnter Gemeindeteil Gahlen, Gahlener Dorfstraße 11
- Vetschau/Spreewald, OT Naundorf, Naundorfer Dorfstraße 28 A, am Gemeindehaus
- Vetschau/Spreewald, OT Naundorf, bewohnter Gemeindeteil Fleißdorf, am Dorfanger
- Vetschau/Spreewald, OT Ogrosen, Ogrosener Dorfstraße, an der Bushaltestelle
- Vetschau/Spreewald, OT Raddusch, Dorfplatz, neben der Bushaltestelle
- Vetschau/Spreewald, OT Repten, Reptener Dorfstraße am Feuerwehrgerätehaus
- Vetschau/Spreewald, OT Stradow, Stradower Dorfstraße 36, vor dem Herrenhaus
- Vetschau/Spreewald, OT Suschow, Suschower Hauptstraße 10, am Gemeindehaus.

§ 22 Schriftverkehr

(1) Der Schriftverkehr der Stadt Vetschau/Spreewald trägt den Briefkopf

„Stadt Vetschau/Spreewald
Der Bürgermeister“

(2) Beim Schriftverkehr der Stadtverordnetenversammlung unterzeichnen:

- a) der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung oder
- b) einer seiner Stellvertreter.

§ 23 Inkrafttreten

Die Hauptsatzung der Stadt Vetschau/Spreewald tritt mit dem Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig treten folgende Satzungen außer Kraft:

1. Die Hauptsatzung der Stadt Vetschau/Spreewald vom 04.05.2006
2. Die Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Vetschau/Spreewald vom 05.12.2006.
- 3 Die zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Vetschau/Spreewald vom 25.10.2008.

Axel Müller
Bürgermeister

Beschlussbegründung:

Am Tag der landesweiten Kommunalwahl (28.09.2008) trat die neue Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in Kraft. Gemäß § 141 Abs. 4 der BbgKVerf ist die Hauptsatzung in einer Frist von sechs Monaten den neuen bzw. geänderten Regelungen anzupassen.

Auf Grund der besseren Handhabung wird vorgeschlagen, nicht einzelne Paragraphen in der Hauptsatzung zu ändern sondern die Hauptsatzung komplett neu zu erlassen.

In der Anlage 1 zu dieser Vorlage übergebe ich Ihnen eine Gegenüberstellung der zurzeit gültigen und dem Entwurf der neuen Satzung.

Schwerpunkt der Änderungen in der Hauptsatzung sind Anpassungen an die neue Kommunalverfassung z.B. Nummerierung von Paragraphen, Anpassung von Formulierungen. Weiterhin wurden einige Paragraphen gestrichen, da diese eindeutig in der Kommunalverfassung geregelt sind und eine Wiederholung in unserer Hauptsatzung nicht erforderlich.

Weitere Anmerkungen und Informationen zu den Änderungen finden Sie in der oben erwähnten Anlage 1.

Änderungen sind wie folgt dargestellt:

~~durchgestrichener Text entfällt oder wurde neu formuliert~~

Neue Texte sind fett und unterstrichen dargestellt

Kursiv sind Anmerkungen und Hinweise gekennzeichnet

Finanzielle Auswirkungen: NEIN

Mitarbeiter	Sachbearbeiter	Amtsleiter	Bürgermeister
-------------	----------------	------------	---------------